

Dichtel spricht sich für Berlin aus, hält jedoch April-Termin für zu früh als Auftakt für den Wahlkampf.

Zimmer spricht sich für Berlin aus und hält den geeignetsten Zeitpunkt unmittelbar nach der Ratifizierung der Verträge für gegeben. Im Sommer könnten dann im Bundesgebiet mehrere große Eröffnungskundgebungen für den Wahlkampf stattfinden.

Es wurde beschlossen: 1. den Parteitag nicht hinauszuschieben und 2. den diesjährigen Parteitag in Berlin abzuhalten. Die Terminfrage wurde offengelassen und dem Beschluß die einschränkende Klausel angefügt, daß der Kanzler und Minister Kaiser sich damit einverstanden erklären müßten.

Wuermeling wies noch darauf hin, daß ein Parteitag in Berlin, der als Auftakt des Wahlkampfes zu gelten habe, nicht mit einem scharfen Akzent gegen die SPD versehen werden könne, was aber unbedingt notwendig sei.

Punkt 9 der Tagesordnung: Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, die Entscheidung nach Maßgabe des Bedürfnisses zu fällen.⁵⁷

Die Sitzung wurde um 20.30 Uhr geschlossen.

13

Bonn, 5. September 1952

Sprecher: Adenauer, Bach, von Brentano, Cillien, Fay, Frau Gröwel, Gurk, Heck, Hofmeister, Johnen, Kaiser, Kather, Kiesinger, Lensing, Lenz, Müller, Pferdmeiges, Samsche, Schreiber, Simpfendörfer, Strickrodt, Wuermeling, Zimmer.

Bericht Adenauers zur Lage: Aufgaben des zweiten Bundestages, parteipolitische Verhältnisse in EVG-Ländern und in der Bundesrepublik, Bundestagswahl 1953; Einschätzung der außenpolitischen Lage: EVG-Vertrag, Ost-West-Beziehungen, generelle wirtschaftliche Lage. Aussprache: Wiedervereinigungspolitik; Stimmung bei den Vertriebenenverbänden, Beziehungen zum BHE. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse der letzten Vorstandssitzung vom 13. Juni 1952; Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1953; Bundesparteitage 1952 und 1953; CDU-Presse im norddeutschen Raum; CDU/CSU-Jahrbuch; Finanzlage der Partei; organisatorischer Ausbau der Partei; Verschiedenes.

Beginn: 10.30 Uhr

Ende: 20.15 Uhr

Adenauer eröffnete die Sitzung um 10.30 Uhr und bat um das Einverständnis, daß das Mittagessen im Hause eingenommen werde, damit möglichst wenig Zeit verlorengelange.

⁵⁷ Vorgesehen war die Bildung von Ausschüssen (für Flieger- und Währungsgeschädigte und Evakuierte sowie für politisch, rassisch und religiös Verfolgte).

Er bat die Anwesenden, über die heutige Sitzung möglichst keine Verlautbarungen abzugeben; er schlage vor, daß man ein Pressecommuniqué herausgebe und daß die drei Herren des geschäftsführenden Vorstandes in einer Pressekonferenz um 16.30 Uhr entsprechende Verlautbarungen geben sollten.

Der Bundesvorstand erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

BERICHT ZUR LAGE

Zur Lage führte der Herr Bundeskanzler folgendes aus:

Der neue Bundestag, der am 7. September 1953 zusammentrete, habe im wesentlichen zwei Aufgaben, die sich aus der Arbeit des jetzigen Bundestages ergäben. Er müsse erstens auf sozialem Gebiet die Arbeit der letzten vier Jahre fortführen und zweitens komme ihm als entscheidende Aufgabe zu, ein freies Europa aufzubauen.

Der Artikel 38 des EVG-Vertrages¹ bestimme, daß innerhalb bestimmter Fristen von der Versammlung der EVG den Regierungen der Mitgliedstaaten Vorschläge zuzuleiten seien über die Bildung einer europäischen Föderation. Wenn die Bundestagswahlen die SPD an die Regierung brächten, sei das Zustandekommen einer europäischen Konföderation gefährdet.

In Frankreich gäbe es keine christliche Partei in unserem Sinne. Das MRP lehne dies ausdrücklich ab; man könne dies nur aus den innerfranzösischen Verhältnissen heraus verstehen. Der Kampf um die Privatschulen² habe gezeigt, wie tief politisch-religiös der Riß sei.

In Italien habe unsere Schwesterpartei einen sehr schweren Stand, doch könne man damit rechnen, daß sie sich bei den nächsten Wahlen behaupten werde³. Über Luxemburg und Belgien brauche nichts gesagt zu werden. In Holland seien die religiösen Kräfte stärker als die sozialistischen, die dort auch ein anderes Gesicht hätten als bei uns.

Wenn wir in der Europa-Frage die Führung übernehmen, bestünden gute Chancen, dem entstehenden Europa weltanschaulich den christlichen Stempel aufzudrücken. Deswegen sei die zweite Periode des Deutschen Bundestages mindestens genauso wichtig wie die erste.

1 Art. 38 betraf die Einberufung einer Versammlung, die die künftige politische Gemeinschaft vorbereiten sollte (Druck: Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung Bd. 2. München 1962 S. 848f.).

2 Bei dieser Auseinandersetzung ging es im wesentlichen um die Erhaltung der freien kirchlichen Schulen durch gleiche finanzielle Unterstützung aller Schüler (la loi Barangé). Die Gegner sahen darin den Beginn der Aufhebung der Trennung von Kirche und Staat. Vgl. dazu BICHET S. 161f.; AdG 1951 S. 3107.

3 Nach der schweren Wahlniederlage von 1951 steigerte die DC ihren Stimmenanteil bei den am 7. und 8. Juni 1953 stattfindenden Wahlen wieder auf über 40 % (vgl. AdG 1953 S. 4025).

Die heutige Position der verschiedenen Parteien beurteilt der Kanzler wie folgt: Bei unserer eigenen Partei müsse man doch auch gewisse Besorgnisse haben. Es sei nicht fest zu sagen, wie stark der Einfluß der CDU im norddeutschen Gebiet geblieben sei. Auch bezüglich der CSU in Bayern ließe sich kein ganz klares Bild gewinnen. Man habe hier zunächst gehofft, die Differenzen mit der Bayernpartei bereinigen zu können. Herr Baumgartner⁴, der das stärkste Hindernis bisher gewesen sei, sei zwar abgetreten, Herr Fischbacher⁵, der ihm nachgefolgt sei, sei aber ebenfalls sehr schwierig.

Große Sorgen müsse man allerdings haben wegen der Verhältnisse innerhalb der Koalition.

Der Wahlkampf müsse sich abstützen erstens auf unserem weltanschaulichen Boden, zweitens auf die Leistungen der Regierung und des Parlaments unter Führung der CDU. Im Kampf gegen die SPD käme es darauf an, die negative Haltung dieser Partei ganz klar herauszustellen. Man werde sicher keinen gemeinsamen Wahlkampf führen; man solle doch aber innerhalb der Koalition nicht gegeneinander auftreten.

Das Gesicht der FDP sei völlig unklar. Er wolle hier nur einige Namen nennen, um dies deutlich zu machen: Herr Stegner aus Niedersachsen, Herr Maier aus Stuttgart und Herr Euler⁶ aus Hessen. Dann die Herren Schäfer⁷, Blücher

4 Dr. Joseph Baumgartner (1904–1964), bis 1933 stv. Generalsekretär des bayerischen Christlichen Bauernvereins, Mitgründer der CSU und des Bayerischen Bauernverbandes, 1945–1948 (Rücktritt) und 1954–1957 bayerischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (1954–1957 zugleich stv. Ministerpräsident), 1946–1962 MdL (Januar 1948 Übertritt von CSU zur BP, ab 1948 Fraktionsvorsitzender der BP), 1948–1952/1952–1957 Landesvorsitzender der BP, 1949–1950 MdB, seit 1950 Honorarprofessor für Agrarpolitik an der landwirtschaftlichen Hochschule Weihenstephan. – Zu den Auseinandersetzungen zwischen CSU und BP UNGER S. 156 ff., zu Baumgartner insbes. S. 175–179.

5 Dr. Jakob Fischbacher (1886–1972), 1913–1934 oberbayerischer Christlicher Bauernverein (ab 1921 Direktor), 1945–1948 Kreisdirektor für Oberbayern beim Bayerischen Bauernverband, 1947 Mitgründer der BP (Vorsitzender des Kreisverbands Oberbayern, 1952–1953 Landesvorsitzender), 1950–1962 MdL Bayern (1950–1954 Vizepräsident, 1957–1960 Fraktionsvorsitzender).

6 August-Martin Euler (1908–1966), 1945–1946 kommissarischer Landrat des Kreises Hersfeld, 1946–1947 MdL Hessen, 1946–1956 Landesvorsitzender der FDP, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1958 MdB, bis 1955 stv. Vorsitzender der FDP-Fraktion, in der 1. WP Vorsitzender des Ausschusses für innergebietliche Neuordnung, in der 2. WP (ab Dezember 1956) Vorsitzender des Ausschusses für Atomfragen; Februar 1956 Fraktionswechsel, März bis Juni DA, Mitgründer der FVP, ab März 1957 DP (FVP), Landesvorsitzender der DP (FVP) Hessen, ab 1958 Generaldirektor bei EURATOM.

7 Dr. Hermann Schäfer (1892–1966), 1920 DDP (ab 1930 Staatspartei), 1925–1932 Stadtverordneter in Köln und Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags, 1945–1956 (Parteiaustritt) FDP (stv. Vorsitzender des Landesverbands Hamburg, ab 1950 2. Bundesvorsitzender), 1948–1949 MdPR, 1949–1957 MdB (bis 1953 Vorsitzender der FDP-Fraktion), Fe-

Wellhausen⁸, die er mit mehr Wärme nennen wolle als die vorhergehenden.

Die DP mache ihm noch mehr Sorgen. Es gäbe in dieser Partei einfach keine Leute, die einen entscheidenden Einfluß auf die ganze Partei ausüben könnten. Die DP habe ihren ursprünglichen Boden verlassen und sammle nun alles mögliche zusammen. Sie versuche in den verschiedenen Teilen der Bundesrepublik ihre Partei aufzubauen. Es gäbe zwar sehr entfernte Möglichkeiten, eine bessere Formierung innerhalb der DP zustande zu bringen. Die Chancen seien jedoch gering. Er schlage vor, daß er als Vorsitzender der Partei mit den Vorsitzenden der übrigen Koalitionsparteien und auch deren Fraktionsvorsitzenden zu einer gemeinsamen Aussprache zusammentrete.

Dieser Vorschlag wurde einstimmig gutgeheißen.

Bei der SPD könne man sagen, daß mit dem Tod Dr. Kurt Schumachers ein gewisser Druck gewichen sei. Doch könne man noch vor den Wahlen eine Schwenkung nicht erwarten, weil sich die SPD dadurch selbst desavouieren würde. Man müsse damit rechnen, daß Herr Ollenhauer, der den Parteiapparat in der Hand habe, was bei der SPD eine sehr große Rolle spiele, 1. Vorsitzender werde. Über die Entwicklung innerhalb der SPD seit dem Tode Dr. Schumachers lägen verschiedene Nachrichten vor. Vertraulich könne er hier sagen, daß eine Zusammenkunft führender SPD-Leute stattgefunden habe, um die Lage zu besprechen. Es sei dabei vor allem darum gegangen, wie man allmählich von dem Kurs Schumachers abkomme. Das Abgehen von der bisherigen außenpolitischen Linie sollte durch folgende beiden Vorgänge motiviert werden: 1. Die starre Haltung Rußlands, die in der letzten Sowjetnote⁹ zum Ausdruck komme, habe gezeigt, daß trotz des guten Willens der deutschen Sozialdemokratie Verhandlungen mit der Sowjetunion kaum geführt werden könnten. 2. Die Versteifung der französischen Regierung in der Saarfrage¹⁰ dagegen habe gezeigt, daß die Bundesregierung sich in der Haltung unseres westlichen Nachbarn getäuscht habe.

Als Resultat aus diesen beiden Erfahrungen müsse man ein deutsch-amerikanisches Bündnis anstreben.

Im Gegensatz dazu stehe allerdings das letzte offizielle Kommuniqué der SPD

bruar 1956 Fraktionswechsel, März bis Juni DA, dann FVP, ab März 1957 DP (FVP), 1953–1956 Bundesminister für besondere Aufgaben, nach 1961 wieder FDP.

8 Dr. Hans Wellhausen (1894–1964), 1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1957 MdB (FDP), Februar 1956 Fraktionswechsel, März bis Juni DA, dann CSU, 1951–1957 Vorsitzender des Ausschusses für Finanz- und Steuerfragen und des Sonderausschusses für das Londoner Schuldenabkommen, 1952 Präsident des Verwaltungsrats der Deutschen Bundesbahn.

9 Die letzte Note stammt vom 23. August 1952 (vgl. GRAML S. 36; STEININGER S. 101 f.).

10 Zu den deutsch-französischen Auseinandersetzungen um die Saar im Sommer und Herbst 1952 vgl. FREYMOND S. 134–141.

zum Besuch von General Ridgway¹¹, in dem ausgeführt worden sei, daß die Bundesrepublik vor den Präsidentschaftswahlen in Amerika keine festen Bindungen eingehen dürfe, da erst abgewartet werden müsse, ob der neue Präsident die bisherige außenpolitische Linie der USA beibehalte. Dieses Kommuniqué könne man nur als sehr unklug bezeichnen. Nachdem Taft¹² als Kandidat ausgeschieden sei und die Alternative Stevenson¹³ oder Eisenhower heiße, müsse man sagen, daß keinerlei Gefahr für die Haltung Amerikas bestünde. Stevenson und Eisenhower unterschieden sich in ihren außenpolitischen Auffassungen nur um Nuancen.

Für unsere Haltung gegenüber der SPD könne man nur sagen: Vorsicht! Man dürfe die Entwicklung nicht stören; die Gegensätze in der Fraktion seien sehr stark¹⁴.

In Bälde müsse mit dem BHE gerechnet werden, wo, lasse sich noch nicht übersehen. Man müsse aber daran denken, daß in Baden-Württemberg sechs BHE-Abgeordnete den Ausschlag gäben. In Schleswig-Holstein und in Niedersachsen sei der BHE an der Regierung beteiligt.¹⁵ Man müsse die Entwicklung in den einzelnen Ländern sehr sorgfältig beobachten. Die Entwicklung sei noch offen.

In welcher Stärke der BHE bei den nächsten Wahlen in Erscheinung trete, müßten die nächsten Monate zeigen.

Bei den oben erwähnten Besprechungen führender SPD-Leute sei klar zum Ausdruck gekommen, daß die SPD nicht mehr damit rechne, nach den Bundestagswahlen eine Koalition SPD, BHE und Zentrum realisieren zu können. Man beurteile also dort die Entwicklung im BHE und im Zentrum nicht günstig.

Die Entwicklung bei der Bayernpartei und beim Zentrum könne man zunächst nur sorgfältig beobachten. Im Zentrum würden sich widerstrebende Tendenzen zei-

11 Matthew Bunker Ridgway (1895–1955), amerikanischer General; 1951–1952 Oberbefehlshaber der UN-Truppen in Korea, 1952–1953 Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa, 1953–1955 Stabschef der US-Streitkräfte. – Zum Besuch bei Adenauer am 2. September vgl. FAZ vom 3. September 1952, AdG 1952 S. 3634; zu den Äußerungen im SPD-Pressedienst vom 3. September vgl. FAZ vom 4. September 1952.

12 Robert Alphonso Taft (1889–1953), amerikanischer Politiker (Republikaner); seit 1939 Senator von Ohio, 1940, 1948 und 1952 Präsidentschaftskandidat, führender Vertreter des Isolationismus. Vgl. Geoffrey MATTHEWS: Robert A. Taft. The Constitution and American Foreign Policy 1939–1953. In: *Journal of Contemporary History* 17 (1982) S. 507–522.

13 Adlai Ewing Stevenson (1900–1965), amerikanischer Politiker (Demokrat); 1948–1953 Gouverneur von Illinois, 1952 und 1956 Präsidentschaftskandidat, 1961–1965 Botschafter bei der UNO.

14 Vgl. dazu KLOTZBACH S. 276ff.

15 Schleswig-Holstein: Waldemar Kraft, stv. Ministerpräsident, Minister für Finanzen und Justiz (bis 20. Oktober 1953); Hans-Adolf Asbach, Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene. Niedersachsen: Friedrich von Kessel, stv. Ministerpräsident, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Hermann Ahrens, Minister für Wirtschaft und Verkehr; Erich Schellhaus, Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

gen: von der einen Seite Reismann¹⁶ und Wessel¹⁷, von der anderen Seite die führenden Persönlichkeiten des Zentrums in Westfalen, die ansprechbarer seien.

Zum Wahlgesetz äußerte der Kanzler, daß sich Herr Scharnberg¹⁸ große Mühe gegeben habe, die Koalition auf einen Entwurf zu einigen. Unsere grundsätzlichen Anschauungen und unsere parteipolitischen Bedürfnisse lägen hier leider anders als bei den Koalitionsparteien. Wir müßten uns hier auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen, d.h., wir müßten damit rechnen, daß das Bestehen der Wahlgesetze im großen ganzen beibehalten werde und daß lediglich gewisse Änderungen vorgenommen werden könnten. Herr Blücher von der FDP habe eine eigenartige Theorie entwickelt: Die parteipolitische Entwicklung sei erst in ihrem Anfangsstadium. Man müsse deswegen entstehende Parteien auch wachsen lassen. Er erinnere hier nur an den alten Reichstag, der zum Schluß 37 Parteien umfaßt habe. Bei dieser Sachlage müsse einem das Wahlgesetz viel Sorge machen.

Der Wahltermin falle zwischen den 6. Juni und 6. September. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 sei man gezwungen gewesen, die Wahltermine in die Erntezeit zu legen. Das müsse diesmal vermieden werden. Wenn man die Wahl vor der Ernte abhielte, dann fiel sie in den Juni, wenn nach der Ernte, Ende August.

Man sage dazu immer wieder, je später die Wahl stattfindet, desto mehr trete der Erfolg unserer Arbeit in Erscheinung. Dazu müsse er doch auf zwei Punkte hinweisen:

a) Es würde schwierig sein, bei der zweiten Bundestagswahl eine so hohe Beteiligung zu erreichen wie bei der ersten, da bei der ersten Bundestagswahl die Konstituierung des Bundestages doch eine große attraktive Kraft besessen habe.

b) Man müsse unter allen Umständen verhindern, daß die ersten Gestellungsbeehle während der Wahlvorbereitungen kämen.

16 Dr. Bernhard Reismann (1903–1982), 1933 Stadtverordneter in Münster (Zentrum), 1945 Mitgründer der Deutschen Zentrumspartei, stv. Landesvorsitzender von Westfalen, Stadtrat von Münster, 1946–1949 MdL Nordrhein-Westfalen (stv. Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Justizausschusses), 1949–1953 MdB (DZP, ab Dezember 1951 FU), 1951–1953 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates.

17 Helene Wessel (1898–1969), 1928–1933 MdPrL (Zentrum), 1945 Mitgründerin der Deutschen Zentrumspartei (1949–1951 Vorsitzende), 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1948–1949 MdPR, 1949–1953 und 1957–1969 MdB (bis Dezember 1951 Vorsitzende der Zentrumsfraktion; Fraktionswechsel, bis November 1952 FU, dann fraktionslos, ab 1957 SPD), 1952 Mitgründerin der Gesamtdeutschen Volkspartei, bis 1957 Mitglied des Präsidiums. Vgl. Walter HENKELS: 111 Bonner Köpfe. Düsseldorf/Wien 1963 S. 363–365.

18 Hugo Scharnberg (1893–1980), 1945 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (Fraktionsvorsitzender der Parteilosen), 1946 CDU, 1948–1954 Vorsitzender des Landesverbands Hamburg, 1949–1961 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Geld und Kredit, 1955 des Wahlrechtsausschusses). – Scharnberg, Vorsitzender des CDU-Wahlrechtsausschusses, leitete einen interfraktionellen Wahlrechtskreis der Koalitionsparteien und hatte am 3. Juli 1952 zur Frage des künftigen Bundestagswahlgesetzes einen Entwurf zur „Dreierwahl mit Listenverbindung in den Wahlkreisen und mit Bundesergänzungslisten“ vorgelegt. Vgl. LANGE S. 460ff.

Die Vorbereitungen müßten getroffen werden, und im übrigen bestünde noch keine Gefahr, daß diese Dinge in der Öffentlichkeit bekannt würden.

Entscheidend aber für die deutsche Zukunft sei nach wie vor die Entwicklung der außenpolitischen Lage. Man könne sicher damit rechnen, daß die SPD nicht für die Verträge stimmen würde. Es ließe sich lediglich jetzt schon eine Verzögerungstaktik erkennen. Wir hingegen müßten danach trachten, daß die Verträge möglichst bald ratifiziert würden, vor allem im Hinblick auf das französische Parlament. Dort beständen nicht unerhebliche Schwierigkeiten, die aus verschiedenen Quellen ihre Nahrung zögen. Eine der Hauptquellen auch bei denjenigen Franzosen, die nicht russophil seien, liege in der Furcht, Frankreich werde, wenn die beiden Verträge in Kraft getreten seien, nicht mehr die politische Rolle in Europa spielen, vor allem nicht mehr die politische Rolle im Verhältnis zu den USA, wie dies bisher der Fall war. Die zweite Quelle des Widerstandes gegen den Abschluß der Verträge liege in der russophilen Neigung, die in Frankreich in gewissen Kreisen noch bestehe und die von Sowjetrußland sehr begrüßt würde.

Die russische Botschaft in Paris sei um etwa 200 Personen vermehrt worden, ausgesprochen zu dem Zweck, in Frankreich vermehrten Einfluß zu bekommen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß es zwei Jahrzehnte lang ein Prinzip der französischen Außenpolitik gewesen sei, in einem guten Verhältnis mit Rußland zu leben, um Schutz gegen Deutschland zu haben. Frankreichs Sorgen und Ängste in dieser Richtung seien jetzt wieder gewachsen, nachdem Deutschland kraft seiner Wirtschaft und kraft seiner politischen Erfolge wieder eine andere Stellung in der Weltpolitik und in der Weltwirtschaft einnehme als in den Jahren unmittelbar nach dem Zusammenbruch.

Ein weiteres psychologisches Moment käme dazu. Einmal, daß einflußreiche Militärs in Frankreich sich nicht mit dem Gedanken abfinden könnten, daß sie auf eine französische Nationalarmee verzichten sollten. Pleven¹⁹ sei eindeutig für die EVG, und bei dem guten Einvernehmen zwischen Pleven und Pinay²⁰ könnte man darauf schließen, daß die Idee der EVG auch in Pinay eine starke Stütze habe.

Wenn wir nun nicht bis zum Zusammentritt des französischen Parlaments Mitte Oktober ratifiziert hätten, würden wir die Position der widerstrebenden Kräfte in

19 René Pleven (geb. 1901), französischer Politiker; 1944–1946 Finanzminister, 1945 auch Wirtschaftsminister, 1945–1973 Abgeordneter der Nationalversammlung, 1945 Mitgründer und 1946–1953 Vorsitzender der Union Démocratique et Socialiste de la Résistance, 1949–1950 und 1952–1954 Verteidigungsminister, Juli 1950–Februar 1951 und August 1951–Januar 1952 Ministerpräsident, 1958 letzter Außenminister der IV. Republik, 1969–1973 Justizminister.

20 Antoine Pinay (geb. 1891), französischer Politiker; 1946–1958 Abgeordneter der Nationalversammlung (1956–1958 Fraktionsvorsitzender der Unabhängigen Republikaner), 1950–1951 Minister für Öffentliche Arbeiten, 1952 für Öffentliche Arbeiten und Transport, März bis Dezember 1952 Ministerpräsident und Finanzminister, 1955–1956 Außenminister, 1958–1959 Finanzminister und bis 1960 Wirtschaftsminister.

Frankreich stärken²¹. Die Beneluxstaaten würden ohnedies erst abwarten, bis Deutschland und Frankreich entschieden hätten.

Zur letzten Sowjetnote müsse er darauf hinweisen, daß auf die vorletzte Note²² der Sowjets hin die Konsultierung der Bundesregierung zur Antwortnote erst erfolgt sei, nachdem die Note fertig gewesen sei. Die Note sei allerdings dann den Wünschen der Bundesregierung entsprechend geändert worden. Bei der letzten Note der Sowjets dagegen sei die Konsultierung der Bundesregierung erfolgt, bevor der Entwurf vorgelegen habe. Das Ergebnis der Konsultierung sei gewesen, daß man völlige Übereinstimmung festgestellt habe.

Zur Note selbst habe die Kommentierung in der deutschen Presse gezeigt, daß man die Reihenfolge der Punkte der Tagesordnung nur formal betrachtet habe; das sei ein ganz entscheidender Fehler. Es handele sich hier um eine materiell-rechtliche Angelegenheit erster Ordnung. Wenn man den von den Sowjets verfolgten Weg einschlage, so bedeute das erstens, daß wir wiederum wie in Versailles keinen Verhandlungsfrieden, sondern einen Diktatfrieden bekämen, d.h., die Friedensverträge würden durch die vier Alliierten festgelegt und dann erst würden die Deutschen gehört werden. Zweitens, die Prinzipien des Potsdamer Abkommens würden dem Friedensvertrag zugrunde gelegt. Dann aber sei die Einrichtung eines umfangreichen Kontrollsystems gar nicht denkbar.

Es handele sich also gar nicht um einen Streit um die Reihenfolge 1, 2, 3, 4, sondern in den verschiedenen Stellungnahmen zur Tagesordnung offenbare sich der scharfe Gegensatz über die entscheidenden Probleme.

Trotzdem dürfe man die Tür zu den Sowjets nicht zuschlagen. Die Antwortnote werde und müsse sich auch deswegen noch in höflichem Ton bewegen. Im Vordergrund müsse allerdings immer stehen die Forderung nach freien Wahlen, da wir nur auf diesem Wege zu einem Verhandlungsfrieden kommen. Die Möglichkeiten für weitere Verhandlungen müßten offenbleiben.

Die Note zeigte eindeutig, daß der Wille der Russen zu einem unabhängigen gesamten Deutschland nicht ernst sei. Ziel der Sowjetpolitik sei nach wie vor, Deutschland unter russische Oberhoheit zu bringen. Wenn einmal die amerikanischen Truppen von Europa weg sind, dann hat die Sowjetunion ihr Ziel erreicht, da dann Sowjetrußland der maßgebende Faktor für Europa wäre.

In Berlin und in der Ostzone mache sich eine gewisse Entmutigung bemerkbar, da noch kein Ende der Leiden und Qualen abzusehen sei. Die Lage zwingt uns aber, Geduld zu haben. Rußland werde verhandeln, wenn es eingesehen habe, daß der Kalte Krieg im Sinne der Ziele der sowjetrussischen Europapolitik keinen Sinn

21 Zu den innerfranzösischen Auseinandersetzungen vgl. Paul NOACK; Raymond POIDEVIN, Pierre GUILLEN, Jean-Pierre RIOUX in MILITÄRGESCHICHTE seit 1945.

22 Gemeint sind die dritte Note der UdSSR vom 24. Mai 1952 und die Antwortnoten der drei Westmächte vom 10. Juli 1952 (Wortlaut der Noten in AdG 1952 S. 3482 und 3556; vgl. GRAML S. 34ff.; STEININGER S. 94f.).

mehr habe. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Sowjetzone seien sehr schwierig, hauptsächlich das Nahrungsproblem. Rußland könnte seine Menschen nicht ernähren, ohne neues Ackerland zu beschaffen. Das Durchschnittsalter der Russen in der Sowjetunion betrage 38 Jahre, in Westeuropa dagegen 60 Jahre.

Dies zeige deutlich, vor welcher schwieriger Aufgabe Sowjetrußland stehe. Die Sowjetunion habe in den Jahren von 1945 bis 1950 mit der Methode des Kalten Krieges ungeheure Erfolge erzielt. Daher sei es nur natürlich, daß sie weitere Erfolge in dieser Richtung anstrebe. Wenn aber einmal die Sinnlosigkeit dieses Strebens evident werde, dann könne man eine Änderung in der sowjetischen Europa- und Deutschlandpolitik erwarten.

Man müsse dabei auch die Verhältnisse in den Satellitenstaaten berücksichtigen. Es stehe fest, daß in Polen über 70 % antikommunistisch eingestellt seien. In der Tschechoslowakei sei die Lage für die Sowjets noch am günstigsten. Dagegen hätten sie in Ungarn ebenfalls erhebliche Schwierigkeiten. Man müsse bedenken, daß jede Stärkung des Westens eine Entmutigung sei für die widerstrebenden Kräfte in den Satellitenstaaten.

Man dürfe diese Entwicklung nicht zu pessimistisch sehen. Er glaube gar nicht, daß der Zeitpunkt echter Verhandlungen weit entfernt sei. Man dürfe nicht zuviel erhoffen, doch man dürfe damit rechnen, daß die Sowjetunion in drei bis vier Jahren verhandlungsbereit sei.

Nun sei nochmals unter Wirkung einer der Eisenhower-Reden der Gedanke aufgekommen, daß die Vereinigten Staaten evtl. zum Angriff schreiten könnten. Dazu müsse er sagen, daß Eisenhower im Grunde nichts anderes gesagt habe, als was Truman schon früher ausgeführt hätte.

Im übrigen müsse er doch darauf hinweisen, daß wir, sobald wir 12 und später dann 24 Divisionen hätten, auch auf evtl. in dieser Richtung laufende Tendenzen einen entscheidenden Einfluß besäßen. Wir könnten uns dann mit mehr Wirkung für einen Verhandlungsfrieden und gegen einen Präventivkrieg einsetzen.

Auch für die Wiedervereinigung werde die Bundesrepublik durch die Ratifizierung der beiden Verträge mit mehr Gewicht eintreten können. Man müsse doch ganz klar sehen, daß die gesamtdeutsche Freiheit, und darum könne es sich bei der Herstellung der Einheit Deutschlands nur handeln, unsere eigene Freiheit voraussetze. Solange unser Land wie jetzt rechtlos und ohne Kraft sich selbst zu schützen daliege, seien unsere Möglichkeiten sehr viel geringer.

Auch die These, daß die amerikanische Politik unabhängig von unserem Verhalten festgelegt sei, könne nicht ernstlich vertreten werden. Schließlich müsse man doch zur Kenntnis nehmen, daß Mr. Taft nahe daran gewesen sei, nominiert zu werden. Die Presseveröffentlichung der SPD anlässlich des Besuches von General Ridgway habe gezeigt, daß die SPD selbst nicht an diese These glaube. Man könne ja schließlich nicht auf der einen Seite sagen, die amerikanische Politik in Europa sei festgelegt, und auf der anderen Seite erklären, daß man für die Ratifizierung der beiden Verträge die Wahl des amerikanischen Präsidenten abwarten müsse; denn

das habe nur Sinn, wenn man des Glaubens wäre, daß die europäische Politik Stevensons von der Eisenhowers sich grundsätzlich unterscheide. Das aber sei nicht der Fall. Dagegen könne die amerikanische Politik durchaus in eine für Europa verderbliche Richtung gedrängt werden, wenn Deutschland und die europäischen Staaten eine die amerikanischen Staaten brüskierende Haltung einnehmen.

Zur Innenpolitik übergehend, wies der Kanzler auf das Telegramm Dr. Schumachers²³ an die amerikanischen Gewerkschaften hin, in dem Dr. Schumacher davon gesprochen habe, daß die deutschen Arbeiter in der Bundesrepublik nur ausgebeutet würden. Dazu wolle er nur auf zwei Dinge hinweisen. Von der Belegschaft der Volkswagenwerke, die insgesamt 12.000 Arbeitnehmer betrage, hätten anlässlich der Urlaubsmonate 4.000 Arbeitnehmer sich Auslandspässe ausstellen lassen, d.h., daß es bei einer Belegschaft von 12.000 Mann 4.000 Mann ohne weiteres möglich war, die Ferien im Ausland zu verbringen. Da könne man doch wirklich nicht davon sprechen, daß eine große Not vorhanden sei. Bei den vielen Besuchen von Jugendgruppen auf dem Bürgerstock²⁴ habe er feststellen können, daß unter den Jugendlichen mehr Lehrlinge als andere gewesen seien und daß diese Jugendlichen durchweg gut gekleidet gewesen seien und einen guten Eindruck gemacht hätten. Alles in allem müsse man sagen, daß es dem Arbeitnehmerstand sehr gut gehe.

Man dürfe sich aber durch den großen wirtschaftlichen Erfolg der letzten Jahre nicht über die wahre Situation der deutschen Wirtschaft hinwegtäuschen lassen. Die deutsche Wirtschaft leide erheblich an einem Mangel an Kapital. Eine allgemeine Wirtschaftsflaute in der Welt werde sich bei uns stärker auswirken als anderswo, eben weil bei uns die Kapitaldecke zu gering sei. Für diese Situation seien zwei Ereignisse der jüngsten Vergangenheit besonders bedeutsam. Erstens das Schuldenabkommen in London²⁵ und zweitens das Abkommen mit Israel²⁶. Es sei richtig, daß Deutschland, die Bundesrepublik, gegenüber der Republik Israel keine rechtlichen Verpflichtungen habe. Dagegen müsse er sehr unterstreichen, daß für die Bundesrepublik große moralische Verpflichtungen bestünden, und in diesem Fall sei es unbedingt notwendig, den moralischen Gesichtspunkt an erste Stelle zu setzen. Wir könnten an der Tatsache nicht vorübergehen, daß sich ein erheblicher Teil des deutschen Volkes an den Greuelthaten des Nationalsozialismus gegenüber dem Judentum beteiligte. Man komme hier an einer großen deutschen Schuld nicht vorbei,

23 Wortlaut des Telegramms in AdG 1952 S. 3619.

24 Von Adenauer bevorzugter Urlaubsort am Vierwaldstätter See (Schweiz).

25 Abschluß der Londoner Schuldenkonferenz am 8. August 1952. Bericht in AdG 1952 S. 3598. Zum Schuldenabkommen vgl. Nr. 4 Anm. 16.

26 Die Verhandlungen über die Ansprüche, die die Regierung des Staates Israel in ihrer Note vom 12. März 1951 gestellt hatte, wurden seit 20. März 1952 in Kasteel Oud Wassenaar (bei Den Haag) geführt; Unterzeichnung des Wiedergutmachungsabkommens am 10. September 1952 durch Adenauer und den israelischen Außenminister Moshe Sharett in Luxemburg; Wortlaut des Abkommens in Rolf VOGEL (Hrsg.): Deutschlands Weg nach Israel. Stuttgart 1967 S. 62–75; vgl. auch SCHWARZ 2 S. 184ff.

und eine Geste deutscherseits sei unbedingt notwendig. Wir dürften auch nicht verkennen, daß, wenn das Verhältnis zu Israel in Ordnung gekommen sei, dies große politische Auswirkungen haben werde, vor allem in Amerika und insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet.

Zum Londoner Schuldenabkommen müsse er sagen, daß unsere Unterhändler gut verhandelt und viel erreicht hätten. Auf lange Sicht gesehen sei es immer die beste Politik, seine Schulden zu bezahlen, denn nur das erwecke Vertrauen, und Vertrauen sei notwendig, um Kredite zu bekommen und Kapital zu bilden.

In der Landwirtschaft sei es gelungen, weithin die Motorisierung zu ermöglichen. 50 Jungbauern aus Bayern, die ihn auf dem Bürgenstock besucht hätten, seien sehr davon beeindruckt gewesen, daß die Motorisierung bei uns sehr viel weiter fortgeschritten gewesen sei als in der Schweiz, obwohl die deutsche Landwirtschaft wohl eigentlich erst seit drei Jahren an die Motorisierung habe herangehen können²⁷.

Unsere besondere Sorge müsse jetzt, nachdem die notwendigen Voraussetzungen geschaffen worden seien, dem Mittelstand gelten. Wohl gehe es hier all den Zweigen, die mit dem Baugewerbe zu tun hätten, gut. Doch eine ganz große Sorge müsse die Lage der Beamten und der Intellektuellen auslösen. Die Not der Beamteile sei zum Teil erschreckend groß. Hier müsse noch in den nächsten Monaten getan werden, was irgend möglich sei. Wenn wir unsere Verpflichtung gegenüber dem Mittelstand, auch gegenüber dem akademischen Mittelstand nicht erfüllten, werde der Schaden moralisch und politisch betrachtet, ja letztlich auch finanziell sehr groß sein.

Er freue sich, anlässlich des Betriebsverfassungsgesetzes²⁸ sagen zu können, daß sich die Koalition bewährt habe. Das Betriebsverfassungsgesetz bringe große Fortschritte gerade für die Arbeitnehmer. Es handle sich jetzt darum, die entsprechende Aufklärungsarbeit in den Betrieben zu leisten und Sorge dafür zu tragen, daß in die Organe, die jetzt geschaffen wurden aufgrund des Betriebsverfassungsgesetzes, Leute hineingehen, die auf unserem Boden stehen und nicht aus der sozialistischen Schule kommen.

Ein weiterer großer Erfolg der Arbeit der Koalition sei im Lastenausgleichsgesetz zu sehen. Die Partei müsse hier ganz besonders Dank sagen dem Abgeordneten Kunze und für seine Vertretung im Parlament auch Herrn Dr. Kather. Jetzt handle es sich darum, das, was im Gesetz festgelegt sei, ins Leben umzusetzen. Es habe heute noch wenig Sinn, ein Wahlmanifest zu besprechen. Manchmal sei es auch ganz gut, wenn man erst höre, was die Gegenseite beabsichtige. Alles in allem könnten wir sagen, daß wir in den letzten drei Jahren gewaltige Leistungen vorzuweisen hätten. Die Bundesrepublik habe wieder ein großes politisches Ansehen erworben und eine beachtliche wirtschaftliche Bedeutung gewonnen. Besonderen

²⁷ Zur Agrarpolitik nach 1945 demnächst W. FELDENKIRCHEN.

²⁸ Zum BVG vom 19. Juli 1952 BUCHHAAS: Gesetzgebung; THUM.

Dank verdiene auch die Berliner Bevölkerung, die dem Druck der Sowjets so tapfer standgehalten habe.

AUSSPRACHE

Schreiber wies darauf hin, daß in West-Berlin keine Entmutigung feststellbar sei. Lediglich im sowjetischen Raum sei die Stimmung gewissermaßen verzweifelt. Dies hätten die Drohungen, den Verkehr innerhalb der Sowjetzone weiterhin einzuschränken, bewirkt. Daher rühre auch der große Andrang von Flüchtlingen. Von einem weiteren Notenwechsel werde nichts gehalten.

Er müsse hier sagen, daß ein Rest von Mißtrauen in der Bevölkerung der Sowjetzone und von Berlin gegen die Bundesregierung, gegen die Westmächte vorhanden sei. Allgemeine Stimmung sei: Schluß mit dem Notenwechsel und endlich eine Aussprache. Grundsätzlich sei die Haltung klar, man wolle keinen Diktatfrieden, und daher müßten erst gesamtdeutsche Wahlen stattfinden, damit eine verhandlungsfähige deutsche Regierung als Verhandlungspartner beteiligt werden könne.

Simpfendörfer unterstrich die Ausführungen von Herrn Dr. Schreiber. Auch im Süden herrsche die Meinung, daß die Westalliierten und die Bundesregierung doch nicht so recht wollten. Auch manche maßgeblichen Persönlichkeiten des evangelischen Lebens – er habe das auf dem Evangelischen Kirchentag erlebt²⁹ – wünschten sich eine klare Demonstration des guten Willens und des Nichtwollens Rußlands.

Adenauer antwortete, daß der bisherige Notenwechsel eindeutig und klar zum Ausdruck bringe, daß es die Auffassung der Westmächte sei, daß eine Ordnung in Europa nur möglich ist mit einem gesamtdeutschen Staat. Und ebenso eindeutig hätten die Notenwechsel gezeigt, daß die Sowjets nichts anderes wollten als den sowjetisierten Staat, um auf diesem Wege die Herrschaft über ganz Europa aufzurichten. Wenn wir jetzt Verhandlungen aufnehmen würden, wäre die Folge, daß wir nach Monaten unverrichteter Dinge wieder auseinandergehen würden. Dann werde die alte Propagandatrommel wieder gerührt. Ein solches Vorgehen brächte aber eine ernstliche Gefahr mit sich: Die russophilen Kräfte in Frankreich seien stärker, als man bei uns annehme. Man müsse sich daran erinnern, daß 1944 ein Bündnisvertrag zwischen Rußland und Frankreich auf 20 Jahre gegen Deutschland geschlossen worden sei³⁰ und daß der Deutschlandvertrag im klaren Widerstand [!] gegen diesen

29 Der Evangelische Kirchentag fand vom 27.–31. August 1952 in Stuttgart statt (Protokoll: „Wählt das Leben!“ Der Vierte Deutsche Evangelische Kirchentag. Hrsg. im Auftrag des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Stuttgart o.J.). – Die hier aufgeworfene Frage wurde in der Arbeitsgruppe III „Was geht den Christen die Politik an?“ thematisiert. Vgl. Protokoll S. 267–354, vor allem Präses D. Wilm (Bielefeld) S. 330–332.

30 In Art. 8 des zwischen der Sowjetunion und Frankreich am 10. Dezember 1944 in Moskau von de Gaulle und Stalin unterzeichneten „Bündnis- und gegenseitigen Beistandsvertrags“ wird die Gültigkeitsdauer des Vertrages auf 20 Jahre festgelegt. Art. 5 lautet: Die hohen vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, keinem Bündnis und keiner Koalition

Vertrag stünde. Verhandlungen mit den Sowjets brächten das Risiko mit sich, daß die Ratifizierung in Frankreich vielleicht verhindert würde. Daher sei die Position zu Verhandlungen nach Ratifizierung der Verträge günstiger.

Kaiser unterstrich noch einmal die Ausführungen von Herrn Dr. Schreiber. Meinung in der Sowjetzone sei, daß der Westen es doch nicht ganz ehrlich meine.

Adenauer betonte, daß die Konferenz kommen müsse, daß sie aber zum geeigneten Moment kommen müsse, daß wir so lange Geduld haben und uns mit einem Notenwechsel begnügen müßten.

Lenz wies darauf hin, daß die öffentliche Meinung heute doch bereits die Sicherheit der Einheit vorziehe³¹. 51 % der von einem demoskopischen Institut Befragten hätten sich für die Sicherheit und nur 35 % für die Einheit entschieden, als die Frage nach dem Vorrang gestellt wurde.

Adenauer führte weiter aus, daß wir nicht darauf sehen sollten, ob die Westalliierten es ehrlich meinten, das sei in diesem Zusammenhang kein richtiger Begriff. Wir sollten vielmehr darauf sehen, ob die Haltung der Alliierten kontinuierlich sei. Die Beständigkeit der Auffassung sei entscheidend. Für Amerika und England stelle sich die deutsche Einheit vor allem als eine wirtschaftliche Notwendigkeit dar, da der deutsche Export sie bei der derzeitigen Lage sehr belastet. Zur Saarfrage wolle er sagen, daß die Dinge nicht so schlimm stünden, wie man vor sechs Wochen angenommen habe. Auch hier konzentriere sich alles auf die wirtschaftliche Frage: Wie kann Frankreich der Bezug von Saarkohle in eigener Währung ermöglicht werden? Am gefährlichsten seien in Frankreich die Gaullisten. Darüber hinaus spiele die Prestigefrage eine große Rolle. Frankreich habe doch seit 1945 zusehends und fortlaufend an Einfluß und Ansehen verloren, während Deutschland doch seit 1945 an Ansehen und Einfluß stetig gewonnen habe.

Samsche, auf die innerpolitischen Ausführungen des Bundeskanzlers übergehend, meinte, es sei die Aufgabe der Regierung, die Politik für die gewerbliche Wirtschaft und die Agrarpolitik aufeinander abzustimmen. Durch Rationalisierung müsse die Konsolidierung der Landwirtschaft angestrebt werden, um damit zu einer Senkung der Lebensmittelpreise zu kommen. Für die Bevölkerung spiele die Frage der Lebensmittelpreise eine viel größere Rolle als die außenpolitischen Entscheidungen.

Adenauer erklärte, daß z.Z. in Wiesbaden der Kongreß für die Agrarunion tage.³² Wenn eine solche Agrarunion zustande komme, würde sie für unsere Landwirtschaft noch ganz andere Verhandlungen nach sich ziehen. Man dürfe doch nicht übersehen, daß die Dürre, die wir dieses Jahr gehabt hätten, sich stark auf die Preise auswirken müsse. In Frankreich seien noch viel mehr Schwierigkeiten ent-

beizutreten, die gegen die eine oder die andere von ihnen gerichtet sein könnte (vgl. AdG 1944 S. 6626, 6639, 6695).

31 In der Vorlage: verspreche.

32 4. Generalversammlung des Verbands der europäischen Landwirtschaft, 7.-14. September 1952 (NL Hermes ACDP I-090-84).

standen. Er frage in diesem Zusammenhang Herrn Samsche, was er unter Konsolidierung verstehe.

Samsche erklärte, die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland herbeizuführen.

Adenauer erklärte, daß dies nach den Gegebenheiten einfach nicht möglich sei.

Simpfendorfer befürwortete weiteren Düngereinsatz; es fehle hier an Kapital. Verbilligte Kredite seien notwendig.

Lenz machte darauf aufmerksam, daß die Lebenshaltungskosten in der öffentlichen Meinung nach der Preisspitze gebildet würden. Weil nun die Butter einmal so teuer sei, entstehe die Auffassung, die ganze Lebenshaltung sei so teuer. Es sei sehr interessant festzustellen, daß das Volk, vor allem auch die kleinen Leute, auf dem Lebensmittelsektor immer nach dem Teuersten greifen würden.

Tillmanns erklärte, daß, wie immer auch die Entwicklung laufen würde, eine Wettbewerbsfähigkeit mit Übersee für uns niemals zu erreichen sei. Man müsse versuchen, durch eine gewisse Verbrauchlenkung regulierend einzugreifen.

Kather fragte den Herrn Bundeskanzler, ob von seiner Seite Verhandlungen mit dem BHE stattgefunden hätten und ob beabsichtigt sei, den BHE jetzt noch in die Koalition einzubeziehen.

Adenauer erklärte, daß dem BHE gegenüber nichts unternommen worden sei, den BHE jetzt noch in die Koalition einzubeziehen. Er habe auch nicht mit dem BHE verhandelt.

Kather wies darauf hin, daß am 10. September voraussichtlich die Wahl des Kontrollausschusses für das Lastenausgleichshauptamt stattfindet und daß man Ende September schon mit der Genehmigung der Richtlinien rechnen müsse. Es sei notwendig, daß wir rechtzeitig personell die Voraussetzungen schaffen würden, die eine Garantie böten, daß die Dinge in unserem Sinne verhandelt würden.

Adenauer antwortete, daß ihm von dem Termin des 10. September nichts bekannt sei. Er selbst habe auch den Eindruck, daß im Vertriebenenministerium nicht die notwendige Initiative entwickelt und mit der unbedingt notwendigen Energie und Ausdauer gearbeitet würde. Er teile auch die Bedenken des Herrn Dr. Kather über das Soforthilfeamt. Herr Lukaschek³³ sei hier anderer Meinung. Aber die Aufgabe, hier Änderung herbeizuführen, sei zum Verzweifeln schwer. Unter den Vertriebenen herrsche eine geradezu desperate Uneinigkeit. Er wisse niemanden, der durchgehend das Vertrauen der Vertriebenen besitze.

³³ Dr. Hans Lukaschek (1885–1960), 1916–1919 Bürgermeister von Rybnik (Oberschlesien), 1919–1921 Landrat im Kreis Rybnik, 1919–1921 Plebiszitkommissar bei der ober-schlesischen Abstimmung, 1922–1927 Mitglied der Gemischten Kommission für Oberschlesien (Zentrum), 1927–1929 1. Bürgermeister von Hindenburg, 1929–1933 Oberpräsident der preußischen Provinz Oberschlesien und Regierungspräsident in Oppeln, Mitgründer der CDU in Berlin, 1945–1946 Vizepräsident des Landes Thüringen und Leiter des Landesamtes für Landwirtschaft und Forsten, 1948–1949 Vizepräsident des Deutschen Obergerichts in Köln, 1949–1953 Bundesminister für Vertriebene. Vgl. Ludwig ABMEIER in SCHLESISCHE LEBENSBLDER 5 (1968) S. 228–238.

Kather widersprach ihm, es gäbe durchaus eine anerkannte Repräsentanz der Vertriebenen. Er selbst sei schließlich der Spitzenmann der Vertriebenen in der CDU. Die Aufspaltung werde vom Vertriebenenministerium aus betrieben. Im BvD seien die Zentralverbände und die beiden größten Vertriebenenorganisationen vereinigt.³⁴ Er müsse hier einmal eindeutig sagen, von wo aus die Schwierigkeiten kommen. Herr Lukaschek habe nach der Unterredung mit dem Kanzler Kriegsrat gehalten, und das Ergebnis sei gewesen, daß man Herrn Schreiber³⁵ offerieren wolle, und zweitens, daß man die Landsmannschaften aus dem BvD herausbrechen müsse. Er frage, was denn gegen ihn vorgebracht werde. Er werde angegriffen, weil er CDU-Politik treibe. Das Mißtrauen gegen Herrn Dr. Lukaschek sei nicht von ihm ausgegangen, sondern von der Landsmannschaft Ostpreußen.

Lenz berichtete, daß die Landsmannschaften sich einspannen würden, den Schwerpunkt vom ZvD auf sich zu verlegen. Eine Reihe von Vertretern der Landsmannschaften würden Herrn Dr. Kather strikt ablehnen, er müsse aber auch sagen, daß ein Vorschlag von dieser Seite aus nicht hätte gemacht werden können.

Adenauer faßte zusammen, daß auf diesem Posten erstens Initiative notwendig sei und daß zweitens eine solche Persönlichkeit das allgemeine Vertrauen der Vertriebenen haben müsse. Er habe sich seit Wochen um eine Klärung der Angelegenheit bemüht. Auch wenn er sich vorsichtig ausdrücke, müsse er sagen, daß Herr Dr. Kather sehr viele Nicht-Freunde habe und daß er daher mit sehr großen Schwierigkeiten würde rechnen müssen. Er wäre daher sehr dankbar, wenn die Landsmannschaften einmal die Verhältnisse in ihren Ländern schildern würden.

Gurk berichtete, der Verband LvD neige teils zur SPD, teils zum BHE. Auch die Sudetendeutsche Gruppe stehe der SPD nahe. Die Entscheidung sei klar gegen die CDU gefallen. Im Vertriebenenministerium des Südweststaates zeichne sich personalpolitisch immer mehr ein reines BHE-Ministerium ab. Eine diesbezügliche Große Anfrage habe große Aufregung hervorgerufen.³⁶ Sie seien gebeten worden, diese Anfrage zurückzuziehen oder sie zumindest zurückzustellen. Der BHE wolle mit den übrigen Koalitionspartnern wegen einer künftigen Beteiligung verhandeln.

34 Im „Bund der vertriebenen Deutschen“ (BvD) schlossen sich am 19. November 1951 die „Vereinigten ostdeutschen Landsmannschaften“ (Schlesier und Sudetendeutsche, Berlin-Brandenburger und Karpatendeutsche) mit dem „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“ (ZvD) zusammen. Vorsitzender des ZvD wie des BvD war Kather (dazu und zum Folgenden vgl. KATHER 1 S. 176ff.).

35 Dr. Ottomar Schreiber (1889–1955), 1949–1953 Staatssekretär im Bundesministerium für Vertriebene.

36 Minister für Heimatvertriebene und Kriegssachgeschädigte in Baden-Württemberg war Eduard Fiedler (BHE). Die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Friedrich Werber und Genossen betr. das Ministerium für Heimatvertriebene und Kriegsgeschädigte stammt vom 1. Juli 1952 (Beilage 74 der Verfassunggebenden Landesversammlung – Druck vom 9. Juli 1952); vgl. auch Antrag dazu vom 1. Oktober 1952 (Beilage 157) sowie 12. und 13. Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung vom 1. bzw. 15. Oktober 1952 (Sten.Ber. S. 407–413, 427–443).

Müller ergänzte, daß der LvD, der in Süd-Württemberg die Aushängevertretung der Heimatvertriebenen sei, sich bei den Wahlvorbereitungen ziemlich neutral verhalten habe, dann aber kurz vor der Wahl doch mit einem Aufruf für den BHE auf den Plan getreten sei.³⁷ Ausgenommen müßten hiervon die Donauschwaben werden, die zum größten Teil auf seiten der CDU stünden.

Von Brentano erklärte, daß der BvD die größte und stärkste Organisation sei. Der Kampf des BHE gegen den BvD sei verständlich, der BvD mit dem CDU-Kather sei immer unerwünscht. Man müsse in diesem Zusammenhang die Frage stellen, wie Kather innerhalb der CDU stünde, und hier müsse man sagen, daß er teilweise abgelehnt werde.

Tillmanns wies darauf hin, daß Herr Dr. Kather sich beim Zustandekommen des Lastenausgleichsgesetzes zweifellos sehr große Verdienste erworben habe. Wenn er jetzt Minister werde, so müsse man damit rechnen, daß die Öffentlichkeit darin ein Geschäft sehen würde in der Form, daß Herr Dr. Kather dem Lastenausgleichsgesetz zugestimmt habe um den Preis des Ministers. Zweitens müsse man die Frage stellen, ob der 1. Vorsitzende des BvD in diesem Amt der Bundesregierung möglich sei.

Simpfendörfer berichtete von Nord-Württemberg, daß dort der LvD die politische Garde des BHE sei.

Kather bat darum, daß auch über die Verhältnisse in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen berichtet werde.

Johnen berichtete für Nordrhein-Westfalen. Er bezeichnete den LvD in Nordrhein als neutral. Die Parteien würden sich um ihn bemühen, doch man könne sagen, daß er zur CDU hin neige.

Lensing erklärte, daß die Verhältnisse in Westfalen ähnlich lägen.

Hofmeister bestätigte dasselbe für Niedersachsen.

Kather sah durch die Ausführungen der Landesvorsitzenden seine Ausführungen bestätigt. Er wies auch darauf hin, daß er mit 20 von 27 Stimmen wiedergewählt worden sei, und betonte dann ausdrücklich, daß er dieses Thema nicht angeschnitten habe. Gegen Herrn Dr. Tillmanns gewandt fügte er hinzu, daß gegen Verleumdungen niemand geschützt sei, das sei kein sachliches Argument. Wenn es danach ginge, käme es am Schluß so, daß derjenige, der etwas leistet, von vornherein ausgeschlossen sei, eine verantwortliche Stelle zu übernehmen, und daß die Stelle nachher die bekämen, die nichts leisteten.

Adenauer betonte, daß der Lastenausgleich und seine praktische Durchführung eine politische Frage erster Ordnung seien. Er habe den Eindruck, daß das Ministerium und das Amt für Soforthilfe in ihrer bisherigen Zusammensetzung nicht son-

³⁷ Gemeint sind die Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung vom 9. März 1952 (FEUCHTE S. 158; zur Entwicklung des BHE Günther HASLIER: Politische Parteien und Wahlen. In: Das Land Baden-Württemberg. Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden. Hrsg. Landesarchivdirektion Baden-Württemberg Bd. 1, 2. Aufl. 1977 S. 286ff.).

derlich geeignet seien, diese Aufgabe so zu lösen, wie es notwendig wäre. Deswegen seien diese Aussprache und evtl. personelle Veränderungen notwendig gewesen. Er habe den Ausführungen entnehmen können, daß der BvD in Nordrhein-Westfalen im wesentlichen der CDU folge und daß er in Niedersachsen antisozialistisch eingestellt sei. In Süddeutschland dagegen lägen die Verhältnisse anders.

Der Lastenausgleich sei leider sehr spät verabschiedet worden. Es käme jetzt, zehn Monate vor der Wahl, darauf an, möglichst noch Auswirkungen des Gesetzes zu erreichen. Sicher sei aber, daß der Lastenausgleich sich bis zur Wahl nicht so auswirken könne, daß der BHE keine Rolle mehr spiele. Der BHE trage den Keim der Zersetzung in sich; er sei überhaupt keine erfreuliche politische Erscheinung. Das beste sei, wenn wir zunächst hier nichts unternähmen. Man müsse jedoch damit rechnen, daß, je nachdem, [wie] die Wahl ausgehe, die BHE-Abgeordneten im Kalkül der SPD eine Rolle spielen werden. Das zweckmäßigste dürfte sein, eine wohlwollende Distanz einzuhalten.

Simpfendörfer wies darauf hin, daß es unter Umständen zu spät sei, wenn wir die Wahl abwarten wollten. Die Regierungsbildung in Baden-Württemberg habe gezeigt, daß die Abmachungen schon vorher getroffen worden seien.

Hofmeister betonte, daß der BHE in Niedersachsen wohl am stärksten in der Landespolitik in Erscheinung getreten sei. Er habe ursprünglich über 20 Mandate verfügt. Drei Abgeordnete seien inzwischen aus der Fraktion ausgeschieden.³⁸ Es habe sich in Niedersachsen herausgestellt, daß 85 % der BHE-Wähler rechtsgerichtet seien. Man wünsche dort unter keinen Umständen einen roten Kanzler.

Kaiser führte aus, daß der Wahlkampf gegen die SPD geführt werden müsse. Der SPD aber könne nur eine geschlossene Front der CDU gegenüberreten. Es könne deswegen keine offizielle Fühlungnahme empfohlen werden. Man könne beim BHE mit Rückwanderung der Wähler rechnen ähnlich wie beim Zentrum.

Strickrodt sieht Möglichkeiten, die Verbindung aufrechtzuerhalten auf sachlichem Gebiet in der Form, daß mit führenden Männern des BHE das Gespräch über sachliche Fragen angeknüpft wird.

Adenauer empfiehlt, Persönlichkeiten des BHE, die bei den Vertriebenen Vertrauen haben, in solche Gespräche einzubeziehen.

Kather tritt dem scharf entgegen, da die Fronten nicht verschleiert werden dürfen.

Adenauer hält es trotzdem für zweckmäßig, nicht ausschließlich mit dem BvD, sondern auch mit dem BHE in Fühlung zu bleiben.

Gurk hält eine Fühlungnahme in beschränktem Umfange mit dem BHE für gegeben.

38 Von 21 Abgeordneten der BHE-Fraktion waren vier ausgeschieden; Horst Büchler ab 18. Juli 1952 unabhängig, dann LP; Dr. Fritz Dittloff am 2. Mai 1952 Mandatsniederlegung; Josef Erbacher bis 1. Juli 1952, dann FDP; Dr. Fritz Schulz ab 2. Juli 1952 unabhängig (NEUMANN S. 495f.).

Kather erklärte dann, daß er nicht dafür sei, daß man eine Front gegen den BHE beziehe, evtl. müsse man auch hier in Fühlung bleiben.

Adenauer erklärte, daß demnach keine Bedenken bestünden, auf Landesebene die Verbindung aufrechtzuerhalten. Damit könne erreicht werden, daß keine vorzeitige Festlegung auf die SPD erfolge.

Kather hat in dieser Richtung keine Sorge.

Adenauer faßte dann zusammen, daß es am besten sei, nicht zu viel und nicht zu wenig zu tun; es empfiehlt sich allerdings, möglichst wenig auf Bundesebene zu unternehmen.

Strickrodt empfiehlt noch einmal, den BHE zu den Verhandlungen der Spitzenverbände hinzuzuziehen.

DURCHFÜHRUNG DER BESCHLÜSSE DER LETZTEN VORSTANDSSITZUNG

Zu Punkt 2 der Tagesordnung berichtete *Tillmanns* folgendes: 1. Auf die Ministerpräsidenten Arnold und Ehard wurde im Sinne des Beschlusses des Parteivorstandes mit Erfolg eingewirkt.³⁹ 2. Die enge Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU wird durch laufende Fühlungnahme durch Herrn Kiesinger mit Herrn Strauß sichergestellt. 3. Um zu einer besseren Zusammenarbeit der Länderkabinette, in denen die CDU die Führung hat, mit der Bundestagsfraktion zu kommen, schlägt der geschäftsführende Vorstand vor, daß die Frage zunächst mit den Ländervertretungen der in Frage kommenden Länder vorbesprochen werden soll. Der Vorstand ist mit diesem Vorschlag einverstanden. 4. Das Haus Nassestraße 2 wurde für die Bundesgeschäftsstelle gemäß Beschluß erworben. 5. Die vom Bundesvorstand beschlossene Rednerwelle wurde von der Bundesgeschäftsstelle entsprechend vorbereitet. Die gedrängte Zeit vor den Parlamentsferien hat allerdings die Möglichkeiten großer repräsentativer Kundgebungen eingeschränkt. Die Kundgebungswelle soll in den Monaten September und Oktober weitergeführt werden. 6. Herr Kemper hat sich zu der Aufforderung, die Verbindung mit der Saar-CDU aufrechtzuerhalten, noch nicht verbindlich geäußert. 7. Herr Dr. Strickrodt hatte noch keine Gelegenheit, durch Rücksprache mit Herrn Dr. Pfeiffer die Verhältnisse bei der NEI zu klären. Die vorgesehene Besprechung wird in der nächsten Woche stattfinden.

Die Vertreter der Bundespartei beim NEI-Kongreß in Freiburg werden sich vor Beginn in Freiburg besprechen. Frau Gröwel wurde gebeten, an dem Kongreß in Freiburg teilzunehmen.

Falls auf dem Kongreß eine Entscheidung über die Nachfolge Schröters als Vizepräsident bei der NEI getroffen werden muß, wird hierfür Herr Dr. Strickrodt vorgeschlagen.

³⁹ Vgl. Nr. 12 S. 121f.

Strickrodt nimmt den Vorschlag an unter der Bedingung, daß er durch die Mitarbeit des Herrn Grafen von Spreti entlastet wird.

Die Themen, die ursprünglich Bundesminister Kaiser für den Kongreß in Freiburg übernehmen sollte, sollen bei der Vorbesprechung in Freiburg auf die einzelnen Teilnehmer verteilt werden.

In der Aussprache über den Bericht von Herrn Dr. Tillmanns schlug *Adenauer* vor, der geschäftsführende Vorstand möge die Bundestagsabgeordneten in einem Schreiben auffordern, sich in den kommenden Monaten in verstärktem Maße in ihren Wahlkreisen zu betätigen.

Der Vorschlag wurde einstimmig gutgeheißen.

Von Brentano bat darum, die Landesvorsitzenden und die Landesvorstände zu Äußerungen darüber aufzufordern, in welcher Weise sich die Bundestagsabgeordneten in ihren Wahlkreisen betätigen.

Adenauer hielt es für zweckmäßig, daß der Fraktionsvorstand sich darüber äußere, auf welche Mitglieder die Fraktion auch in der kommenden Legislaturperiode nicht verzichten kann. Man müsse daran denken, daß die Fraktion heute in mancher Hinsicht Lücken aufweise, die durch Aufstellung entsprechender Kandidaten geschlossen werden sollten. Wichtig sei vor allem, daß in den neuen Bundestag mehr Frauen und auch jüngere Leute hineinkämen.

Es wurde beschlossen, daß die Landesvorsitzenden und der Vorstand sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen sollen.

Simpfendorfer wies darauf hin, daß die Wirtschaftsverbände sich bereits mit der Kandidatenaufstellung befaßten. Man scheine dort die Absicht zu haben, uns Kandidaten zu präsentieren.

Adenauer meinte, daß es sich dabei doch wohl nur um Anregungen handeln könne.

Strickrodt ist der Auffassung, daß es zweckmäßig wäre, wenn die Spitzenorgane der Wirtschaft sich darüber äußern würden, welche Sparten vertreten sein sollten.

Von Brentano hielt es für zweckmäßig, die Frage der Kandidatenaufstellung durchaus auch mit den Spitzenorganen der Wirtschaft zu besprechen. Man könne sich von dort geeignete Nachwuchskräfte vorschlagen lassen – allerdings ohne jegliche Bedingung.

Gurk hält es für zweckmäßig, von den Kreisen drei Vorschläge einzuverlangen, aufgrund derer dann der Landesverband die Entscheidung fällen kann.

Tillmanns schlägt eine gemeinsame Sitzung zwischen den Landesvorsitzenden und dem Vorstand vor, in der der ganze Fragenkomplex der Kandidatenaufstellung besprochen werden solle. Man müßte allerdings berücksichtigen, daß das „Wie“ der Kandidatenaufstellung vom Gesetz abhängig sei, das noch nicht erlassen sei. Es sei sehr wesentlich, welche Persönlichkeiten wir aufstellen würden. Die Erfahrungen

der Nachwahl in Bentheim⁴⁰ hätten gezeigt, welche positive Wirkung es habe, wenn die Partei als solche ohne Blockbildung in die Wahl gehe und welche Bedeutung der Persönlichkeit des Kandidaten zukomme. Wir müßten für die Bundestagswahl in Erwägung ziehen, auch Persönlichkeiten aufzustellen, die einen bedeutenden Namen hätten, selbst wenn sie im Parteileben noch nicht besonders hervorgetreten seien.

Adenauer erklärte dazu, daß dieser Vorschlag nur einen Teil der Wahrheit enthielte. Wenn nur danach gehandelt würde, kämen wiederum keine Frauen und jüngere Kräfte in den Bundestag. Die Landesverbände müßten auf die Kreise in dem Sinne einwirken, daß diese beiden Gruppen stärker berücksichtigt würden.

Müller schlug vor, daß jede Partei in den einzelnen Kreisen nicht nur einen, sondern mehrere Kandidaten aufstellen solle; dadurch gelinge es, daß die Partei mehr Stimmen auf sich vereinigen könne.

Adenauer hat dagegen stärkste Bedenken, weil bei einer solchen Regelung die Partei in drei Teile auseinandergerissen werde.

Bach drängte darauf, daß das Wahlgesetz sobald wie möglich verabschiedet werde⁴¹ und die Kandidatenaufstellung sobald wie möglich erfolge.

Kiesinger wies darauf hin, daß das Wahlgesetz voraussichtlich mit geringfügigen Änderungen dem letzten Wahlgesetz entsprechen würde.

Adenauer erklärte zum Wahlgesetz, daß es dabei nicht nur auf unsere Wünsche ankomme, sondern daß wir mit einer Lösung rechnen könnten, die auch von den übrigen Koalitionspartnern akzeptiert werde.

PARTEITAG 1952

Adenauer berichtete, daß in Karlsruhe auf dem Parteitag für die Durchführung des Parteitages 1953 die Städte Hamburg und Berlin genannt worden seien. Der Parteivorstand habe sich in seiner letzten Sitzung für Berlin entschieden. In der Zwischenzeit seien Ereignisse eingetreten, die es notwendig machten, diesen Beschluß der letzten Sitzung noch einmal zu überprüfen. Nach den Erfahrungen des Katholikentages⁴² könnte man nicht damit rechnen, daß aus der Ostzone eine große Teilnahme am Parteitag in Berlin möglich sei. Dazu komme, daß ein Parteitag in Berlin notwendig den Hauptakzent auf die Ostfrage lege und auf die außenpolitische Situation Rücksicht nähme. Es könne nicht bestritten werden, daß dann nach

40 Bei der durch den Tod des SPD-Abgeordneten Heinrich Specht erforderlich gewordenen Landtagsnachwahl im Kreise Grafschaft Bentheim verlor die SPD ihr Mandat an den CDU-Kandidaten Landrat Richard Zahn; bei 56,05 % Wahlbeteiligung (71,8 % bei der Landtagswahl am 6. Mai 1951) errang die CDU 38,2 % (vgl. FAZ vom 2. September 1952; UiD vom 3. und vom 6. September 1952).

41 Das Wahlgesetz trat am 8. Januar 1953 in Kraft (BGBl I S. 2).

42 75. Deutscher Katholikentag in Berlin vom 19.–24. August 1952.

Ratifizierung der Verträge eine größere Kundgebung der Partei in Berlin notwendig sei. Er stelle jetzt die Frage: 1. Ob überhaupt in diesem Jahr ein Parteitag stattfinden solle und ob wir nicht warten sollten bis zum nächsten Frühjahr? 2. Wenn der Parteitag abgehalten werden soll, ob dann in Berlin oder in Hamburg?

Zu diesen Fragen äußerten sich die Landesverbände wie folgt:

Johnen wies darauf hin, daß sie am 9. November Kommunalwahlen hätten und daß der Parteitag in Berlin eine große Anzahl von Parteifreunden für vier Tage dem Wahlkampf entziehe. Sein Landesverband sei der Auffassung, daß der Parteitag Mitte Oktober in Berlin stattfinden soll. Die psychologischen Voraussetzungen für den Parteitag in Berlin seien gut, zumal er unmittelbar im Anschluß an den Kongreß des Gewerkschaftsbundes stattfände⁴³.

Wenn der Parteitag Mitte Oktober noch nicht stattfinden könne, empfehle er ein Abwarten bis nach den Kommunalwahlen.

Von Brentano teilte mit, daß der Fraktionsvorstand geschlossen die Auffassung vertreten habe, daß der Parteitag unter allen Umständen im Oktober in Berlin stattfinden solle. Der eigentliche Wahlkampf könne dann etwa im März durch einen Parteitag in Hamburg eröffnet werden.

Lensing teilte mit, daß er noch keine Gelegenheit gehabt hätte, die Meinung seines Landesverbandes zu dieser Frage einzuholen. Er persönlich vertrete die Auffassung, daß der Parteitag entfallen könne. Zu dem Tagungsort Berlin wolle er darauf hinweisen, daß der Katholikentag aus dem Westen eine sehr geringe Beteiligung aufgewiesen habe. Schwierig sei vor allem der Transport der Teilnehmer nach Berlin.

Schreiber empfahl dringend Berlin. Man dürfe nicht übersehen, daß Berlin die einzige Stadt sei, wo sich die Menschen aus dem Westen und dem Osten begegnen könnten. Man dürfe sich auch des Vorteils nicht begeben, daß die CDU die erste Partei sei, die den Mut gehabt hat, ihren Parteitag nach Berlin zu legen. Der Transport der Teilnehmer über die Autobahn sei völlig ungefährlich.

Samsche führte aus, daß sein Landesverband an der Durchführung eines Parteitages in diesem Jahr festhalten wolle und daß die Hamburger mit Berlin als Tagungsort einverstanden seien. Allerdings müßte dann sichergestellt sein, daß der Parteitag zur Eröffnung des Wahlkampfes in Hamburg stattfände.

Cillien erklärte, daß ein Parteitag noch vor den Kommunalwahlen stattfinden solle. Man müßte jedoch die Schwierigkeiten, die ein Parteitag in Berlin mit sich bringe, klar übersehen. Der Transport sei nicht einfach, und man müßte damit rechnen, daß eine gewisse Ängstlichkeit viele Parteifreunde abhalten würde, nach Berlin zu fahren. Außerdem bestehe die Gefahr, daß Berlin die Aufmerksamkeit der Teilnehmer absorbiere und die sachlichen Beratungen, die doch für einen Parteitag notwendig seien, beeinträchtigt würden.

⁴³ Der zweite ordentliche Bundeskongreß des DGB fand vom 13.–17. Oktober 1952 in Berlin statt (Druck des Protokolls: Düsseldorf 1952).

Tillmanns erklärte einleitend, daß nach den Statuten jährlich ein Parteitag stattfinden müsse. Es sei auch eine zwingende Notwendigkeit, zum Abschluß der beiden Verträge eine politische große Kundgebung zu veranstalten. Auf der letzten Sitzung sei beschlossen worden, den Parteitag 1952 nach Berlin zu verlegen und den Wahlkampf mit einem Parteitag in Hamburg zu eröffnen. Durch Pressemeldungen sei dieser Beschluß in Zweifel gezogen worden. In der Öffentlichkeit sei dadurch der Eindruck entstanden, daß die CDU nicht mehr den Mut habe, nach Berlin zu gehen. Man müsse doch bedenken, daß die Hauptvorwürfe der SPD dahin zielten, daß die CDU kein Herz für die Wiedervereinigung habe. Der Parteitag in Berlin demonstrierte aber vor aller Welt den entschlossenen Willen der CDU zur deutschen Einheit.

Die Verkehrsverbindungen nach Berlin seien gut und ohne Gefahr. Wenn wir jetzt zurückweichen würden, dann würden wir genau das tun, was die Russen wollen. Man könne sich in Berlin die ganze politische Dynamik der Ostbevölkerung nutzbar machen. Selbstverständlich könne in Berlin kein ausgedehnter Parteitag mit einem großen Arbeitsprogramm abgehalten werden. Die Hauptthematika des Parteitages müßten die Wiedervereinigung des getrennten Deutschlands und die Schaffung eines vereinten Europas sein. Darüber hinaus müßte sich der Parteitag zur Frage der Familie und des Eigentums äußern und sich vor allem auch an die Jugend wenden.

Adenauer schlug nach dieser Aussprache von sich aus vor, den Parteitag 1952 in der zweiten Hälfte des Oktober in Berlin abzuhalten und für 1953 den Parteitag im Januar in Hamburg zu halten. Der Hamburger Parteitag müsse dann mit ergiebigen Ausschußberatungen und allem, was zu einem großen Parteitag gehört, durchgeführt werden.

Tillmanns ist der Auffassung, daß für den Parteitag in Hamburg als Termin der Monat Januar zu früh sei.

Adenauer vertrat die Auffassung, daß der Februar bereits zu spät liege.

Johnen schlug vor, daß der geschäftsführende Vorstand damit beauftragt werde, das Tagungsprogramm für den Parteitag in Berlin aufzustellen. Man müsse darauf achten, daß auf dem Parteitag keine wichtigen Fragen zur Entscheidung gestellt werden; er bat vor allem darum, daß keine Wahlen durchgeführt würden.

Zimmer wies darauf hin, daß dies nach den Satzungen nicht möglich sei. Er warne davor, in diesen Fragen zu jonglieren.

Lesing hält es für notwendig, daß die Frage des 2. Vorsitzenden geklärt werden muß. Der geschäftsführende Vorstand möge zur Ausarbeitung des Programms einen Berliner und eine Frau (Frau Gröwel) mit vorsehen.

PARTELAUSSCHUSS

Die Tagesordnung für die Bundesparteiausschußsitzungen wurde ohne ergänzende Vorschläge gebilligt.

Zum Bericht über die Pressesituation führte *Samsche* aus, daß in Hamburg nunmehr der „Hanseat“⁴⁴ mit einer Auflage von 570.000 Exemplaren zweimal erschienen sei und daß sie hofften, ab Oktober zweimal monatlich zu erscheinen. Die erste Auflage habe ein Risiko von DM 45.000,- mit sich gebracht, die zweite Auflage habe sich jedoch bereits selbst getragen. Man denke bei ihnen daran, den „Hanseat“ evtl. auf den ganzen norddeutschen Raum auszudehnen, das bringe jedoch ein unübersehbares Risiko mit sich, das von Hamburg aus nicht allein getragen werden könne.

Sie hätten in dem „Hanseat“ einen neutralen Weg gewählt, um die Wähler in unserem Sinne zu beeinflussen. Die Zeitung gehöre einer GmbH, die im wesentlichen mit CDU-Leuten besetzt sei. Die politische Tendenz liege völlig auf der Bonner Koalitions-Politik.

Lesing äußerte Bedenken darüber, ob die Finanzierung über die Werbung allein auf die Dauer möglich sei, da erfahrungsgemäß eine Inserierung in Zeitungen, die ohne Entgelt geliefert würden, nicht üblich sei.

Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, zusammen mit Herrn Bach und Herrn Pferdenges zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Ausweitung des „Hanseaten“ auf den gesamten norddeutschen Raum möglich ist.

Kiesinger berichtete kurz von der Einrichtung des Pressebüros in Stuttgart und empfahl zu überprüfen, ob solche Pressebüros nicht auch in den übrigen Landesverbänden eingerichtet werden sollten.

JAHRBUCH DER CDU/CSU

Wuermeling berichtete über den Stand der Vorbereitungen der Herausgabe des zweiten CDU/CSU-Jahrbuches.

Adenauer ist der Auffassung, daß ein Preis von DM 6,- bis DM 7,- pro Exemplar viel zu hoch liege. Er halte es für notwendig, daß das Jahrbuch entsprechend gekürzt werde, um einen billigeren Preis zu erzielen.

Kiesinger ist der Auffassung, daß die Aufsätze im Umfang zu weit angesetzt seien. Er halte es für notwendig, durch entsprechende Kürzung einen billigeren und tragbaren Preis zu erzielen.

Adenauer schlug vor, der Herausgabe eines CDU/CSU-Jahrbuches im Prinzip zuzustimmen, es müßte allerdings dafür Sorge getragen werden, daß es wesentlich billiger werde.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

⁴⁴ Die Werbeschrift „Der Hanseat“ wurde am 26. Juli 1952 erstmals aufgelegt. Sie erschien monatlich oder nach Bedarf als gemeinsames Organ von CDU, FDP und DP. 1957 wurde sie von „Der Hanseatenpiegel“ abgelöst. Vgl. Die Deutsche Presse 1954. Zeitungen und Zeitschriften. Hrsg. vom Institut für Publizistik an der FU Berlin. Berlin 1954 S. 656.

BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Bach berichtete, daß die Finanzierung der Partei über das „Wirtschaftsbild“ sich gut bewährt habe. Das Soll sei mit Ausnahme der Landesverbände Bremen und Württemberg-Hohenzollern erfüllt. Ausgezeichnet habe Niedersachsen gearbeitet, das bei einem Soll von 100 „Wirtschaftsbildern“ ein Ist von 759 aufweise.

Dagegen bereite die Arbeit der Fördergesellschaften⁴⁵ große Sorgen. Ursprünglich sei als Anlauftermin der 1. Juni, dann der 1. September genannt worden. Die Dinge würden aber heute mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hamburg in keinem Landesverband ordnungsgemäß anlaufen. Die Arbeit der Fördergesellschaften habe aber auf der anderen Seite bewirkt, daß die Finanzierung durch das „Wirtschaftsbild“ erheblich zurückgegangen sei.

Zimmer machte darauf aufmerksam, daß zunächst wohl die Steuerfrage geklärt werden müsse.

Pferdmenges glaubt, daß der Schwierigkeit, die daraus entstehe, daß die regionalen Fördergesellschaften nur für die Landesverbände aufkommen wollten, dadurch entgangen werden kann, daß Nordrhein-Westfalen die Beträge für die Bundeszentrale mit übernehme und dann die übrigen Fördergesellschaften nur noch für ihre Länder aufzukommen haben.

Bach bat darum, entgegen dem Vorschlag der letzten Sitzung, Herrn van Aubel nicht als Prüfer für das Finanzgebaren der Partei, sondern als Berater zu übernehmen.

Strickrodt meinte, Herr van Aubel solle nicht für das Unternehmen „Wirtschaftsbild“ zur Überprüfung herangezogen werden, sondern zur Sichtung des Finanzgebarens der Partei.

*Fay*⁴⁶ ist der Ansicht, daß es sich im Grunde um ein steuerliches Problem handle. Was die Fördergesellschaften an uns abführen würden, sei ein reines Geschenk und unterliege daher der Schenkungsteuer.

Adenauer glaubt, daß man eine Klärung über Herrn Staatssekretär Hartmann⁴⁷ herbeiführen kann. Man solle kein Gutachten erbitten, sondern lediglich veranlassen, daß ein entsprechendes Schreiben ausgefertigt werde.

Pferdmenges erklärt dazu, Minister Schäffer habe alles getan, was er habe tun können.

Kiesinger sieht nur zwei Möglichkeiten, Klarheit zu schaffen: entweder man versuche, eine Ordnung des Steuerrechts herbeizuführen, oder man regle die Frage im Einvernehmen mit den zuständigen Finanzämtern.

⁴⁵ Vgl. Nr. 12 Anm. 42.

⁴⁶ Dr. Wilhelm Fay (1911–1980), 1948–1980 Mitglied des Magistrats Frankfurt (CDU), 1953–1970 MdL Hessen (seit 1962 Vorsitzender des Hauptausschusses), 1952–1967 Landesvorsitzender der CDU Hessen, 1966–1972 Bürgermeister von Frankfurt.

⁴⁷ Prof. Alfred Hartmann (1894–1967), 1925–1935 im Reichsfinanzministerium, 1945–1947 im bayerischen Finanzministerium, 1947–1949 Direktor der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949–1959 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Adenauer erklärte, daß eine gesetzliche Regelung jetzt nicht möglich sei.

Bach ist der Auffassung, daß das Problem dadurch gelöst werden kann, daß die Spenden durch Lieferung des „Wirtschaftsbildes“ in entsprechender Anzahl abgedeckt werden.

Strickrodt wendet dagegen ein, daß die Leistung, die durch die Lieferung des „Wirtschaftsbildes“ gegeben sei, im Verhältnis zur Bestellung stehen müsse.

Adenauer griff die Bitte von Herrn *Bach* auf, Herrn *van Aubel* als Berater hinzuzuziehen, und schlug zur Beschlußfassung vor, daß Herr *van Aubel* nicht für das „Wirtschaftsbild“, jedoch zur Überprüfung des gesamten Finanzgebarens der Partei herangezogen wird.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

BERICHT DES BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS

Heck berichtete über den Fortgang des organisatorischen Ausbaues der Partei.

Im Anschluß daran schlug *Adenauer* vor, daß der Bundesgeschäftsführer diesen Bericht in gekürzter Form auch vor dem Bundesausschuß halten solle, da es ihm wichtig erscheine, daß auch der Parteiausschuß Kenntnis von der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle bekomme.

VERSCHIEDENES

1. Zur Regelung der Protokollführung wurde beschlossen, daß in Zukunft ein ausführliches Protokoll dem geschäftsführenden Vorstand zur Genehmigung vorzulegen ist und dann bei der Bundesgeschäftsstelle zu den Akten zu geben sei. Neben dem ausführlichen Protokoll soll ein Beschluß-Protokoll angefertigt werden, das den Mitgliedern des Bundesvorstandes zuzustellen ist.

2. Neugründung von Ausschüssen. Der geschäftsführende Vorstand schlug vor, den Antrag zur Gründung eines Bundesausschusses für Flieger- und Währungsgeschädigte und Evakuierte sowie eines Bundesausschusses für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte abzulehnen.

Der Bundesvorstand war mit der Ablehnung des Ausschusses für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte einverstanden, hielt es jedoch für notwendig, daß der Bundesausschuß für Flieger- und Währungsgeschädigte und Evakuierte konstituiert werde. Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, das Entsprechende zu veranlassen.

Wuermeling bat darum, den Ausschuß „Öffentliche Dienste“ umzubenennen in „Bundesausschuß Öffentliche Verwaltung“ und gleichzeitig den Ausschuß in einen großen Ausschuß umzuwandeln.

Der Antrag von Herrn Dr. Wuermeling wurde genehmigt.

3. Verhältnisse der Ausschüsse der Partei zum Vorstand. Es wurde festgestellt, daß die Ausschüsse lediglich Organe des Vorstandes sind und daß die Resolutionen der Ausschüsse ausschließlich an den Parteivorstand zu richten sind.

4. Motorisierung der Parteidienststellen. Nach einem Bericht über die Anforderungen der Kreisverbände [zur] Motorisierung der Kreisgeschäftsstellen wurde beschlossen, die Motorisierung mit allen Mitteln in möglichst kurzer Zeit zu verwirklichen.

5. Koordinierung der CDU-Wochenzeitungen. Der Vorschlag von Herrn Bach, die CDU-Wochenzeitungen der Landesverbände durch ein zentrales Parteiorgan zu ersetzen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, die vorhandenen Wochenzeitungen durch einen mehrseitigen Materndienst über Bundespolitik zu koordinieren und Wochenzeitungen auch in den Landesverbänden herauszugeben, die bisher noch keine Wochenzeitungen hatten. Ausgenommen von dieser Regelung soll Nordrhein-Westfalen bleiben.

6. Lautsprecher-Propaganda zur Bundestagswahl. Es soll zunächst geklärt werden, in welchem Umfang von Herrn Staatssekretär Lenz Lautsprecherwagen für den Bundestagswahlkampf zur Verfügung gestellt werden können.

7. Parteisymbol. *Adenauer* wies auf das Symbol hin, das der Parlamentarische Rat gehabt habe.

Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, die Schaffung eines Parteisymbols weiterzuerfolgen und zu überprüfen, ob das Symbol des Parlamentarischen Rates nicht übernommen werden könne⁴⁸.

Die Sitzung wurde um 20.15 Uhr geschlossen⁴⁹.

48 Ein Symbol des Parlamentarischen Rates hat es nie gegeben. Bezug genommen wird offenbar auf einen Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion zur Gestaltung der künftigen Bundesflagge (vgl. SALZMANN S. 121). Der Entwurf, der auf Vorstellungen von Josef Wirmer (hingerichtet am 8. September 1944) beruhte, zeigt ein schwarzes, goldumrahmtes Kreuz auf rotem Hintergrund. Das Symbol der CDU, das von 1953 bis 1969 in Gebrauch war, basiert auf diesem Entwurf, zeigt aber zusätzlich einen aufgesetzten goldenen Adler.

49 Beschlußprotokoll in StBKAH 05.05.